



Einreicher: Stadtverordneter Krämer, Fraktion DIE LINKE

öffentlich

Betreff:
Unterstützungsbedarf sozialer Einrichtungen

Erstellungsdatum:	30.06.2022
Eingang Büro der SVV:	30.06.2022
weitergeleitet an das Büro OBM:	30.06.2022
Termin der Beantwortung:	21.07.2022
Terminverlängerung:	
Eingang der Beantwortung:	01.09.2022

Anlass des Auskunftersuchens gem. § 29 Abs. 1 BbgKVerf.:

Anfang Juni musste die Potsdamer Tafel erstmals in ihrer 30-jährigen Geschichte einen Aufnahmestopp für neue Kunden verhängen. Die Kapazitäten der 200 Mitarbeiter:innen und die räumlichen Möglichkeiten sind erschöpft. Seit Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine kommen zu den 1200 bisherigen Kunden rund 1400 geflüchtete Ukrainer:innen dazugekommen, eine Verdopplung des Bedarfs in wenigen Wochen. Zusätzlich wurden auch Hotels, die Geflüchtete vorübergehend aufgenommen hatten, mit Lebensmitteln unterstützt. Diese Extremsituation ist auf Dauer nicht durchhaltbar.

Aufgrund der Inflation und enormer Preissteigerungen in fast allen Bereichen des täglichen Lebens (Energie, Betriebskosten, Lebensmittel, Sprit) ist mit einem schnell und stark anwachsenden Unterstützungsbedarf zu rechnen. Die Unterstützung sozial bedürftiger Familien und die Versorgung mit Lebensmitteln kann jedoch nicht Regelaufgabe spendenbasierter Einrichtungen wie der Tafel sein.

In Vorbereitung eines Antrages und zur Kontrolle der Verwaltung frage ich den Oberbürgermeister:

1. Welche Maßnahmen hat die Landeshauptstadt bereits getroffen, um Bedürftige zu versorgen, die vom Aufnahmestopp bei der Tafel betroffen sind?

Um die Arbeit der Tafel zu entlasten, gab es die bis zum 31.07.2022 bestehende kostenlose Möglichkeit der Versorgung für ukrainische Geflüchtete im Zelt auf dem Bassinplatz. Hier wurden Lunchpakete an Geflüchtete ausgegeben, die nicht bereits anders versorgt werden konnten. Darüber hinaus war es dort möglich, Waschmaschinen und Trockner zu den Öffnungszeiten zu nutzen.

Der Geschäftsbereich 3 befindet sich in Gesprächen mit den Geschäftsführenden von Tafel und Suppenküche. Ziel dieser Gespräche ist u.a. eine Vergrößerung der Lager- und Ausgabekapazitäten. Dabei sollen bspw. auch die Träger der Nachbarschafts- und Begegnungshäuser für eine dezentrale Versorgungsmöglichkeit im Rahmen von Kooperationen eingebunden werden. Eine entsprechende Beschlussvorlage für die Stadtverordnetenversammlung wird erarbeitet.

- 2. Welche Möglichkeiten sieht die LHP für weitere Maßnahmen auf kommunaler Ebene, wenn die Lebenshaltungskosten weiter in hoher Geschwindigkeit steigen und immer mehr Menschen auf ergänzende Unterstützung angewiesen sein werden?**

Es ist notwendig, dass die Regelbedarfsstufen der entsprechenden sozialen Leistungen erhöht werden. In der Verantwortung ist hier das Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Dies kann nur auf Bundesebene erfolgen.

- 3. Welche Möglichkeiten sieht die LHP darüber hinaus, Träger und Einrichtungen, die bereits jetzt in diesem Aufgabenfeld tätig sind (wie Tafel, Suppenküche, Arche u.a.) kurzfristig zusätzlich zu unterstützen?**

Siehe Antwort auf Frage 1.

Zuständigkeit: Geschäftsbereich Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit